nannten Arbeiter- und Bauernstaat diese alte Grundüberzeugung der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur vergessen, sondern auch grob verletzt. Sie stand daher nicht in dieser Tradition, sondern verstieß gegen sie. Diesen Umstand werden wir nicht vergessen. Daran wird uns auch der heutige Nachmittag erinnern, wenn wir über die Erfahrungen im sozialen Leben der Menschen nach 1989 diskutieren.

Wir sind froh, daß uns zu einer Einführung der Sächsische Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Herr Dr. Geisler, zur Verfügung stehen wird. Mit Berichten aus vielfältigen Bereichen wollen wir anschließend von Praktikern ihre konkreten Erfahrungen mit der Gesellschaft im Umbruch hören. Manche Erfahrungen seit 1989 sind eher zwiespältig. Viel zu viele Menschen sind arbeitslos geworden. Vor allem Frauen und ältere Menschen und zahlreiche Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz. Plattenbausiedlungen und leerstehende Jugendclubs malen eine eher düstere Perspektive hinter der die gewonnene Freiheit zu verschwinden droht. Hier werden wir offen miteinander diskutieren müssen. Was sind die Spätfolgen der DDR, wo fehlt es den Westdeutschen an offenen Ohren und Herzen für die Lebenssituation ihrer ostdeutschen Landsleute? Es geht auch um die Beantwortung der Frage, was haben wir seit 1990 falsch gemacht, und wo und wie müßten wir jetzt handeln? Wir sind hier genau an dem Auftrag angelangt, den uns der Deutsche Bundestag gegeben hat. Es geht um das Nachdenken und um die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen. Der Titel unserer Kommission mahnt uns dazu.

Fast 5 Mio. Arbeitslose und soziale Ungerechtigkeiten, auch zwischen Ost und West, sind eine große Herausforderung für unsere Demokratie, die wir in ganz Deutschland bestehen müssen. Welche Dimensionen an die Politik gerichtet sind, macht das Sozialpapier der beiden christlichen Kirchen deutlich, das in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und für Diskussionen sorgt. Der Pfälzer Kirchenpräsident richtete am Wochenende deutliche Worte zu diesem Papier an uns. Ich zitiere zwei Sätze aus seiner Mahnung: „Unsere Demokratie“, so sagt er, „ist gefährdet und der Rückfall in die Verhältnisse von Weimar ist durchaus denkbar.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Wir müssen aufpassen, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit unsere Gesellschaft nicht auseinanderfällt. Die wichtigste heutige Bürgertugend ist Solidarität.“ Soweit der Kirchenpräsident aus der Pfalz.

In Sachsen, wie in allen anderen ostdeutschen Ländern, kommt es aber vor allem darauf an, die erkämpfte Freiheit des Herbsten 1989, die Freiheit unseres Grundgesetzes, für die Menschen wirklich erfahrbar zu machen. Dann bleibt die Freude über Freiheit und Einheit nicht nur eine schöne Erinnerung an die aufregenden Monate der Jahre 1989 und 1990. In diesem Sinne wünsche ich uns auch einen erfolgreichen zweiten Tag und übergebe jetzt das Wort zunächst an Herrn Professor Dr. Vollmer.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Damen und Herren. In der nicht-sozialistischen (westlichen) wirtschaftswissenschaftlichen Literatur versteht man unter Sozialpolitik alle Bemühungen des Staates,

die darauf abzielen, die wirtschaftliche und soziale Stellung von benachteiligten Gruppen zu verbessern. In der DDR wurde der Begriff der Sozialpolitik in den ersten Jahren nach der Staatsgründung nur selten gebraucht. Der Grund dafür bestand darin, daß er als Sammelbegriff für all jene Maßnahmen galt, mit denen kapitalistische Systeme die dort als systemimmanent angesehene Existenzunsicherheit der Arbeitnehmer zu verdecken versuchten. Erst in den 60er Jahren trat der Begriff der Sozialpolitik im offiziellen Sprachgebrauch der DDR vermehrt auf und wurde dann in den 70er Jahren mit der Formel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" offiziell zum Gütesiegel des DDR-Sozialismus erhoben.

Ziel dieser sozialistischen Sozialpolitik war es nicht primär, staatliche Vorsorge gegen die Wechselfälle des Lebens zu leisten und unverschuldet in Not geratene Personen abzusichern. Es erfolgte lediglich eine Basisabsicherung auf niedrigem Niveau. Ziel der Sozialpolitik in der DDR war es vielmehr, die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu erhöhen und die Güterversorgung der Wirtschaftssubjekte zu verbessern. Da die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gemäß dem marxistischen Primat des Faktors Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital, d. h. die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gemäß diesem Primat, von der Nutzung des Faktors Arbeit abhing, zielten sozialpolitische Maßnahmen vor allem auf einen verbesserten Arbeitskräfteeinsatz und auf eine möglichst hohe Auslastung des Erwerbspersonenpotentials ab. Insofern war Sozialpolitik in der DDR im wesentlichen Arbeitspolitik, genauer Vollbeschäftigungspolitik. Ihr Anspruch war es, durch eine rationelle Nutzung des Faktors Arbeit das materielle und kulturelle Lebensniveau der Bevölkerung anzuheben. Hierin bestand der Anspruch der Sozialpolitik, und formal gesehen genügte die Sozialpolitik in der DDR auch nach eigenen Einschätzungen diesem Anspruch auf Vollbeschäftigungsgarantie vollauf. Dieser Umstand wurde auch lange Zeit in Teilen der nicht-sozialistischen (westlichen) ökonomischen Literatur akzeptiert. Verwiesen wurde dabei auf das völlige Fehlen offener Arbeitslosigkeit. Dieses Phänomen galt als eine der größten „Errungenschaften des Sozialismus". Beleg hierfür lieferten die offiziellen Statistiken, die nur in der ersten Dekade nach Gründung der DDR eine noch hohe, dann allerdings sehr schnell sinkende Arbeitslosigkeit auswiesen. Ab 1961 kannte die DDR dann offiziell keine offene Arbeitslosigkeit mehr, und die ohnehin sehr geringe Arbeitslosenunterstützung oder auch Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 1978 abgeschafft. Begründet wurde dieses Fehlen offener Arbeitslosigkeit mit dem Argument, daß es unter sozialistischen Produktionsbedingungen möglich sei, jedem Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz anzubieten und damit das „Recht auf Arbeit" zu verwirklichen, das in der DDR den Status eines verfassungsmäßig garantierten Grundrechts hatte.

Die Betriebe seien zu solch einer Arbeitsplatzgarantie aus zwei Gründen imstande: Die fehlende Gewinnorientierung erlaube es ihnen, erstens auch Personen zu beschäftigen, deren Beitrag zum Produktionsergebnis, also deren Produktivität, unterhalb des Lohnsatzes liegt. Zweitens seien die Betriebe auch nicht gezwungen, wegen fehlender Absatzmöglichkeiten Beschäftigte entlas-